

CDU-Fraktion lehnt Wirtschaftsplan des Nettebetriebs ab – fehlende politische Legitimation und Priorisierung

Nettetal. Die CDU-Ratsfraktion Nettetal hat dem Wirtschaftsplan des Nettebetriebs für das Jahr 2026 in der vorliegenden Form nicht zugestimmt. Nach Auffassung der Christdemokraten weist der Plan erhebliche Defizite bei politischer Legitimation, Prioritätensetzung und finanzieller Steuerung auf.

„Der Nettebetrieb ist ein klassischer Auftragsbetrieb. Er darf nur das umsetzen, was politisch beschlossen wurde. Genau dieses Prinzip wird im vorliegenden Wirtschaftsplan an mehreren Stellen durchbrochen“, erklärt der CDU-Fraktionsvorsitzende. Der Plan enthalte investive Maßnahmen, für die es keine konkreten Ratsbeschlüsse gebe. Als Beispiel nennt die CDU die geplanten Fahrradkäfige am Rathaus mit einem Volumen von rund 120.000 Euro. Ein allgemeiner Verweis auf bestehende Konzepte reiche hierfür nicht aus.

Darüber hinaus kritisiert die CDU-Fraktion stark gestiegene Planungskosten sowie weitere Sanierungs- und Elektrifizierungsmaßnahmen, deren politische Grundlage nicht hinreichend erkennbar sei. „Der Eindruck entsteht, dass Aufträge erteilt wurden, bevor die Politik darüber entschieden hat. Das ist insbesondere in der aktuellen Haushaltslage nicht akzeptabel“, so die CDU.

Besonders problematisch sei, dass der Wirtschaftsplan bereits eine umfangreiche Auftragslage abbilde, ohne dass eine klare politische Priorisierung vorgenommen worden sei. „Wenn steigende Ausgaben auf sinkende Bevölkerungszahlen treffen, muss jede Maßnahme auf den Prüfstand. Das erfordert eine vorausschauende Budgetsteuerung durch den Bürgermeister – genau die vermissen wir derzeit“, betont der Fraktionsvorsitzende.

Die CDU fordert zudem eine kritische Neubewertung auch grundsätzlich sinnvoller Maßnahmen. So müsse geprüft werden, ob Investitionen etwa in Photovoltaikanlagen vollständig aus städtischen Mitteln erfolgen müssten oder ob wirtschaftlichere Modelle mit privaten Partnern möglich seien. Gleiches gelte für kostenintensive Heizungs- und Elektrifizierungsprojekte.

Trotz der Ablehnung des Gesamtplans signalisiert die CDU-Fraktion Bereitschaft zur Zusammenarbeit. „Unaufschiebbar Maßnahmen, insbesondere zwingende Sanierungen an Schulen und Kitas sowie zeitkritische Vergaben, sind wir jederzeit bereit, gesondert zu beschließen – auch noch bis zum Jahresende“, stellt die Fraktion klar.

Für eine zukünftige Zustimmung erwartet die CDU eine vollständige Überprüfung aller Aufträge an den Nettebetrieb, eine eindeutige politische Beschlusslage für jede Maßnahme sowie eine transparente Priorisierung angesichts der angespannten Haushaltslage.